

ALEXANDER WENDT



DER GRÜNE BLACKOUT

WARUM
DIE ENERGIEWENDE
NICHT FUNKTIONIEREN
KANN

• edition blueprint

Alexander Wendt:
Der Grüne Blackout
Warum die Energiewende nicht funktionieren kann

2. erweiterte und korrigierte Auflage

edition blueprint
Trogerstraße 46
81675 München

Produktion: www.booklift.de
Webseite: www.alexander-wendt.com

ISBN-13: 978-1500603472
ISBN-10: 1500603473

Copyright © 2014 Alexander Wendt
Alle Rechte vorbehalten.

Der grüne Blackout

WARUM DIE ENERGIEWENDE NICHT
FUNKTIONIEREN KANN

ALEXANDER WENDT

● edition blueprint

*Die Menschen stolpern nicht über Berge,
sondern über Maulwurfshügel.*

– Konfuzius

INHALT

Schöne grüne Welt	1
1 – Die Große Illusion	9
Das Gesetz, das niemand kommen sah	9
Falsch, aber mit Methode	16
Vom Reiskorn zur Billion	32
Das CO ₂ -Paradox	66
Das Geld der anderen	73
2 – Pinot Grigio aus Neufundland	83
3 – Natur stört Weltrettung	99
4 – Ein Wirtschaftswunder fällt aus	123
5 – Der heiße Atem	153
Glossar	161
Über den Autor	169

SCHÖNE GRÜNE WELT

Ich gebe zu: etwa um das Jahr 2000 herum hielt ich es für eine brauchbare Idee, dass Deutschland irgendwann den größten Teil seines Stroms aus Wind und Sonne erzeugen könnte. Jedes Zukunftsbild wirkt aus der Entfernung von mehr als zehn Jahren rührend und märchenhaft. Man muss sich dazu nur die Glaskuppelstädte mit fliegenden Autos anschauen, die Zeichner in den Sechzigern für das Jahr 2000 entworfen hatten. In meinem Bild von der näheren Zukunft drehten sich jedenfalls ein paar mittelgroße Windräder, kleine Geothermiekraftwerke zapften Erdwärme ab, und über die Straßen surrten Elektrowägelchen.

Mir ging es weniger um die Einsparung von Kohlendioxid. Aber die Aussicht, künftig auf Öl- und Gasimporte aus Ländern von lupenreinen Potentaten verzichten zu können, schien mir durchaus reizvoll. Vielleicht lag es an diesem Interesse, dass ich schon zum Beginn des vergangenen Jahrzehnts die Installation der ersten Windparks und Solaranlagen verfolgte, und dass ich mich mit Subventionen, Wirkungsgraden und Stromspeichern beschäftigte. Wer einmal damit beginnt, stößt schnell auf Fragen. Warum erhalten die Grünstromproduzenten ihre garantierten Subventionen über 20 Jahre, also über den gesamten Abschreibungszeitraum ihrer Anlage?

War nicht ursprünglich von Anschubsubventionen die Rede? Warum verkündeten die Solar-, Wind und Biogaslobbyisten, Ökostrom werde immer wirtschaftlicher – und fanden sich dann in orchestrierter Empörung zusammen, wenn die Subventionen auch nur um ein paar Cent sinken sollten? Warum fiel der Wirkungsgrad von Wind- und Sonnenkraftwerken, berechnet auf das ganze Jahr, so dürftig aus? Und wo sollten eigentlich die Speicher entstehen, um die Überschüsse der ewig schwankenden Grünstromproduktion zu bunkern?

Auf die Fragen gab es auch Antworten, und um sie zu bekommen, muss ein Journalist noch nicht einmal heimlich Informanten in Berliner Tiefgaragen treffen. Es reichte völlig aus, Berichte der Bundesnetzagentur zu lesen, Statistiken, Zahlen der Leipziger und Pariser Strombörse. Es genügte, ministerielle Prognosen über die Entwicklung der Ökoenergiekosten aus dem Archiv zu holen, und sie mit der Realität zu vergleichen, die zuverlässig teurer ausfiel.

Wer dieses tausendseitige Statistikmaterial auf einem Stapel sieht, der dürfte diese Beschäftigung ungefähr für so aufregend halten wie die Herstellung eines Mandalas im Staub auf dem Kleiderschrank. Begibt sich ein neugieriger Rechercheur allerdings wirklich in dieses Zahlendickicht, dann merkt er: Wir haben es mit einem veritablen Thriller zu tun, dem keine spannungsfördernde Zutat fehlt – Strippenzieher, die ein Gesetz für eine Branche maßschneidern, schwer durchschaubare Transfers von Milliardensummen. Großzügige Zuwendungen an Parteien, Firmen, die unter grünem Label Subventionen und Anlegergelder schlucken. Ab einem bestimmten Punkt endet deshalb der romantische, futuristische

oder gleichgültige Blick auf das Projekt Energiewende. Und es öffnet sich ein Panorama der Gier, des dreisten Lobbyismus und einer erstaunlichen politischen Willfähigkeit.

Bis vor kurzem gab es immer eine sehr zuverlässige Methode, um das Wohlwollen ansonsten freundlicher Menschen zu riskieren: Ich brauchte nur zu erwähnen, dass ich die Komplettumstellung der deutschen Stromversorgung für ein planloses und egoistisches Projekt hielt. In diesem Moment breitete sich zuverlässig eine frostige Stimmung aus. Nicht, dass mir meine Gesprächspartner daraufhin komplexe Argumente an den Kopf geworfen hätten. Eine Standardentgegnung lautete: Ach, du findest wohl Kernkraft gut? Wenn ich meinen Zweifel an der Weisheit des Plans durchblicken ließ, beispielsweise gleich neben den Drachenfels über dem Rhein einen Windpark in ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet zu klotzen, dessen Rotoren in diesem ausgeprägten Schwachwindgebiet noch nicht einmal nennenswerte Energieausbeute versprechen, hieß es: Willst du lieber einen Braunkohlemeiler am Rhein?

Ein paar Leute fanden außerdem meine habituelle Tarnung hochgradig tückisch. Ihnen kam es besonders verdächtig vor, wenn ein Fahrradfahrer und Vegetarier mit einem – verglichen mit Margot Käßmann – ökologischen Minifußabdruck solche Zweifel an dem Jahrhundertprojekt Grünstrom äußerte.

Jedenfalls, als ich im Oktober 2013 damit anfang, „Der grüne Blackout“ zu schreiben, tat ich das im Bewusstsein, zu einer kleinen skurrilen Minderheit zu zählen. Ich saß Abend für Abend inmitten von Recherchematerial: Berichte über den Phantomstrom etwa, den Windradbetreiber gar nicht

produzieren, aber trotzdem vergütet bekommen, oder über Ökostrom, der in Deutschland erst teuer produziert und anschließend noch einmal teuer nach Frankreich verklappt wird. Oder Daten über die Verluste, die etwa jeder dritte so genannte Bürgerwindpark trotz aller Subventionen einfährt.

Wie weit draußen ich bei meiner Recherche stand, machte mir aus der Ferne ein deutsches Delegationsmitglied der Weltklimakonferenz in Warschau klar, die erklärte, die Energiewende sei das größte Projekt ihres Landes seit dem Zweiten Weltkrieg, und die Bevölkerung würde es nahezu geschlossen unterstützen.

Während ich die letzten Kapitel schrieb, änderte sich etwas in der Stimmung des Landes. Ein kleiner Meinungsklimawandel deutete sich an. Nach einer Forsa-Umfrage glaubten nur noch 9 Prozent der Befragten an eine Vollversorgung Deutschlands mit Ökostrom. Im Jahr 2011 lag dieser Anteil noch bei 39 Prozent. Die Umfrage schaffte es zwar nur in sehr wenige überregionale Medien, fand aber im Berliner Regierungsviertel und in den Landeshauptstädten offenbar Leser. Selbst der grüne Energiewendeminister von Schleswig-Holstein, Robert Habeck, meinte Ende 2013, die festen Vergütungen für Ökostrom seien zu hoch, sie müssten sinken, sonst würde es bald gar keine Unterstützung der Bürger für Windräder und Solarkraftwerke geben. Und Sigmar Gabriel, als neuer Energiewendeminister frisch vereidigt, erklärte in einem seiner ersten Interviews, er finde erstens, der Atomausstieg sei 2011 zu hastig durchgepaukt worden, zweitens könne Deutschland nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen.

Und drittens: die Förderkosten für Ökostrom müssten dringend gesenkt werden.

Im Februar 2014 schließlich kam ein Sachverständigenrat der Bundesregierung zu dem Schluss, das Erneuerbare-Energien-Gesetz trage so gut wie nichts zur technischen Innovation bei, und sollte daher schleunigst abgeschafft werden.

Plötzlich fühlte ich mich mit meinen Buch nicht mehr ganz als Außenseiter.

Warum müssen wir uns überhaupt mit diesem komplexen Thema herumschlagen? Weil es um unser Geld geht, um unsere Landschaft, um unsere Aussicht, auch in Zukunft in einem funktionierenden Industrieland zu leben.

Ein paar Mal im Jahr bekommen die meisten Deutschen Unterlagen von ihren Stromversorgern zugeschickt, die sie nicht verstehen. Sie verstehen sie nicht, und folglich entscheiden sie sich dafür, sie zu ignorieren, bis auf die Summe, die ganz unten steht: der Betrag, den der Energielieferant von ihnen verlangt. Von diesem Betrag wissen die Kunden immerhin, dass er steigt – obwohl wir beim Waschmaschinenkauf auf das Energiesparsymbol achten und daran denken, die Standby-Funktion am Fernseher auszuknippen. Wenn wir für Strom bezahlen, dann zahlen wir mit der Hälfte unseres Geldes Steuern, Abgaben und Umlagen. Die meisten kennen zwar mittlerweile den Begriff EEG-Umlage: Mit diesem Aufschlag nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, der auf jeder verbrauchten Kilowattstunde liegt, finanzieren wir seit dreizehn Jahren die staatlich festgelegten Garantiepreise für den Strom aus Wind, Sonne und Biogas. Aber was versteckt sich

hinter der Offshore-Haftungsumlage? Wofür haften wir? Was zahlen wir mit der Paragraph-19-Umlage? Warum steigt unser Strompreis überhaupt, während der durchschnittliche Strompreis an der Leipziger Strombörse Jahr für Jahr fällt, an vielen Tagen sogar auf Null?

Wie lange soll der Strompreis eigentlich noch steigen? Die ehrliche Antwort lautet: Wenn das Subventionssystem so weiter läuft, noch weit bis ins nächste Jahrzehnt.

Senkt die Energiewende dann wenigstens den Kohlendioxidstoß Deutschlands?

Leider nein. Sie steigert ihn.

Entstehen Millionen grüne Jobs? Nein, noch nicht einmal hunderttausend. Und von den wenigen Unternehmen der Solarbranche produzieren nahezu alle Verluste. Aber wer Geld in eine Ökostromanlage investiert hat, der steht doch zumindest auf der Gewinnerseite? Leider auch nicht. Tausende Windkraftinvestoren verlieren trotz der Subventionen Geld.

Wenn so viele zu den Verlierern gehören – wer profitiert dann eigentlich?

Blackout bedeutet bekanntlich nicht nur Energieausfall, sondern auch: den plötzlichen Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit, kurz, den Verlust des Verstandes. Genau diesen Eindruck gewinnen zurzeit viele ausländische Beobachter Deutschlands. Ist es möglich, dass dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl das Projekt fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlt? Kann es sein, dass die drittgrößte Industriemacht der Welt sehenden Auges ihren Status riskiert? Dass etwas fundamental in Irre läuft, räumen

inzwischen auch Politiker der großen Koalition ein, etwa Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel, der 2014 feststellt, die Energiewende stünde „kurz vor dem Scheitern“.

Möglicherweise wäre eine die Energiewende besser verlaufen, wenn die zuständigen Politiker sie von vorn herein anders konstruiert hätten. Wenn sie weniger den Interessen kleiner Gruppen gefolgt wären, wenn sie sich Zeit zum Nachdenken und zur Korrektur gelassen hätten. Die teils völlig paradoxen technischen Probleme des Projekts scheinen kaum lösbar, und sie verschärfen sich – wenn das Subventionssystem weiterläuft wie bisher – von Jahr zu Jahr. Und das, obwohl die bis zum Jahr 2050 konzipierte Energiewende noch ganz am Anfang steht. Möglicherweise wäre also das Vorhaben unter anderen Bedingungen besser gediehen. Die Energiewende, wie wir sie kennen, kann nicht funktionieren. Und das liegt nicht an ein paar falsch justierten Stellschrauben. Es liegt an ihrer Konstruktion.

Tun wir also das, was die größte Klarheit verspricht: Folgen wir der Spur des Geldes.

1 – DIE GROSSE ILLUSION

Wie sich die Ökostrom-Pioniere verrechneten

Das Gesetz, das niemand kommen sah

Als der damalige Umweltminister Jürgen Trittin im Jahr 2004 gefragt wurde, wie viel der Ausbau von Sonnen- und Windenergie die Deutschen am Ende kosten werde, wagte er eine erstaunlich genaue Antwort: einen Euro pro Monat und Durchschnittsfamilie, „so viel wie eine Kugel Eis.“ Seiner Auskunft haftete ein unbestreitbarer Charme an. Eine Kugel Eis – das klang unterschwellig so, als sollten die Stromkunden nichts zahlen, sondern eigentlich noch etwas bekommen. Die Kosten für die erneuerbaren Energien entwickelten sich bekanntlich anders. Und bei genauerem Hinsehen verlief bei der Energiewende kaum etwas auch nur annähernd so, wie es Politiker und Experten vorausgesagt hatten. Der Streit über die Energiewende kreist deshalb heute um die Frage, wer daran die Schuld trägt. Der Begriff Schuld suggeriert allerdings, dass Minister und Fachleute schon vor gut zehn Jahren hätten wissen müssen, in welchen Problemen der Energiemarkt heute steckt. Wer ganz an den Anfang einer beeindruckenden Kette von Irrtümern, Fehlern

und Täuschungen gelangen will, muss weit zurückgehen. Und die Antwort fällt nicht ganz so einfach aus wie Trittins Eiskugelprognose.

Im Herbst 1999 schrieben vier Bundestagsabgeordnete Geschichte, vier Parlamentarier, von denen nur einer, der Sozialdemokrat Hermann Scheer, zu den bekannteren Politikern gehörte. Scheer saß der Vereinigung Eurosolar vor, einer 1988 gegründeten Lobbyorganisation, die bis heute für das Ziel einer hundertprozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien wirbt. Bei Eurosolar spielte Scheer die Rolle des unumstrittenen Anführers; den Vorsitz hatte er von 1988 bis zu seinem Tod am 14. Oktober 2010 inne. Seine Frau Irm Portnagel arbeitete jahrelang als Geschäftsführerin des Vereins. Beinahe wäre Hermann Scheer 2008 hessischer Energieminister in einem rot-rot-grünen Kabinett geworden, wenn damals nicht vier andere Abgeordnete aus der Tiefe der Wiesbadener Fraktion heraus die Zustimmung zu Andrea Ypsilantis Wahl verweigert hätten. Aber Scheer brauchte nie ein staatliches Amt. Zusammen mit einem anderen Sozialdemokraten und zwei Grünen brachte er das wahrscheinlich wirkungsmächtigste Gesetz der Bundesrepublik auf den Weg – das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz: EEG.

Bis heute herrscht ein reger Transfer von Eurosolar-Ideen in die aktuelle Politik. Die neue Grünen-Chefin und ehemalige saarländische Umwelt- und Energieministerin Simone Peter arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Eurosolar; Hermann Scheers Tochter Nina Scheer, selbstredend ebenfalls Eurosolar-Mitglied, vertritt die Ziele des Vereins als SPD-Bundestagsabgeordnete. Misst man das Verhältnis von

Größe und Wirkung, dann gab es in der Bundesrepublik vermutlich nie einen erfolgreicheren Lobbyverein.

Die Entstehung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gehört zu den bemerkenswertesten Fällen der Parlamentsgeschichte: Kein Partei- oder Wahlprogramm kündigte es an, ihm ging praktisch keine öffentliche Debatte voraus. Die meisten Abgeordneten, die dafür die Hand hoben, verstanden erklärtermaßen wenig bis nichts von seinem Inhalt und glaubten fest daran, ein Nischenthema abgehakt zu haben, eines der Dinge, die der damalige Kanzler Gerhard Schröder unter dem Begriff „Gedöns“ zu subsumieren pflegte.

Dieses EEG setzte bisher – schon geleistete Zahlungen und fest zugesagte Verpflichtungen zusammengenommen – über 400 Milliarden Euro in Bewegung. Es krepelte die Energieversorgung des größten europäischen Industrielandes innerhalb von 13 Jahren völlig um. Das EEG schuf Hunderttausende von Profiteuren und eine gewaltige Solarindustrie – allerdings hauptsächlich in China. Und es sorgte dafür, dass die Stromkosten, um die sich vor 13 Jahren kaum jemand kümmerte, zum zentralen Streitthema avancierten. Nicht nur in der Politik, sondern auch zwischen Bürgern, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch zwischen Deutschland und der EU.

Außer Scheer gehörten der Oldenburger SPD-Abgeordnete Dietmar Schütz, der Hammelburger Grünen-Parlamentarier Hans-Josef Fell und die damalige energiepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion Michaela Hustedt zu der kleinen Truppe. Darüber, wer das Urheberrecht an dem Gesetz

beanspruchen kann, gehen die Erzählungen heute etwas auseinander. Hans-Josef Fell, der später Vizepräsident von Euro-solar wurde, erinnert sich, die entscheidende Vorarbeit für das Gesetz geliefert zu haben. Er kam 1998 neu in den Bundestag, zum Start der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder. In seiner Heimatstadt Hammelburg engagierte er sich schon vorher im lokalen Maßstab für die kostendeckende Vergütung der seinerzeit noch extrem teuren Solaranlagen. Ein staatliches Bonusprogramm für erneuerbare Energien existierte bereits mit dem Energie-Einspeisegesetz aus der Ära Helmut Kohls. Scheer, Fell und den anderen ging es jedoch um wesentlich mehr: darum nämlich, die Vergütungen für Sonnen- und Windenergie nicht nur zu steigern, sondern alles aus dem Weg zu räumen, was sie für ein Hindernis der Energierevolution hielten. „Ich habe mich einfach hingesetzt und zusammen mit meinen Mitarbeitern einen Entwurf geschrieben“, sagt Fell. Nach seiner Schilderung überraschte seine Idee einer flächen-deckenden garantierten Vergütung über den Zeitraum von 20 Jahren für erneuerbare Energien über den Zeitraum von 20 Jahren selbst die meisten Mitglieder seiner eigenen Partei: „Das stand damals gar nicht im Fokus unserer Führung und schon gar nicht in dem der SPD. Es war mir nicht gelungen, das Thema in den Koalitionsverhandlungen unterzubringen, und vorher hatte ich sie auch nicht ins Wahlprogramm der Grünen gebracht.“ Ein großer Teil der sozialdemokratischen Fraktion habe dieses Vorhaben sowieso abgelehnt, namentlich der damalige parteilose Wirtschaftsminister Werner Müller: „Der war strikt dagegen, auch im Kabinett.“ Trotzdem kam das Gesetz zustande, von dem Michael Hustedt heute sagt:

„Das war für Rot-Grün das wesentliche Projekt.“ Hustedt zufolge übernahmen vor allem die juristisch geschulten Mitarbeiter der Abgeordneten die Feinarbeit an den Paragrafen. Der SPD-Mann Dietmar Schütz habe geholfen, die Unwilligen beziehungsweise von dem Vorhaben schlicht überrumpelten Mitglieder der großen Regierungsfraktion auf die eigene Seite zu ziehen. „Scheer war der Kämpfer, der hatte seine Truppen gut beieinander“, erinnert sich Hustedt. „Aber Hermann galt in seiner Partei auch ein bisschen als bunter Vogel. Deshalb war Schütz sehr wichtig, als es darum ging, eine Mehrheit in der SPD-Fraktion zu organisieren.“ Sie stimmten schließlich zu, weil die meisten Abgeordneten die Angelegenheit für ein Exotenthema und Leute wie Scheer für sympathische Sonderlinge hielten. Erneuerbare Energien spielten 1999 kaum eine Rolle, auf sie entfielen gerade einmal 5,4 Prozent der Stromproduktion. Die meisten Politiker rechneten auch nicht damit, dass sich das schnell ändern könnte. Deshalb, so glaubten sie, würden auch die Kosten in einem bescheidenen Rahmen bleiben, selbst bei sehr üppig angesetzten Subventionen für die einzelne Kilowattstunde Sonnen- und Windstrom.

Von Anfang an gehörte die hohe Einspeisevergütung für Solarenergie – 99 Pfennig – zum Kern des Gesetzes. Hier zeigte sich unverkennbar die Handschrift von Eurosolar. Diese Privilegierung schien dem parteilosen Wirtschaftsminister Werner Müller unvertretbar, er fand den Betrag viel zu üppig. Den ehemaligen Manager des Energiekonzerns VEBA hatte Gerhard Schröder als Seiteneinsteiger in sein Regierungsteam geholt. Zu Müllers Rhetorik gehört die Angewohnheit, Sätze, die ihm besonders wichtig erscheinen, mit „euer Ehren“

einzuleiten. „Euer Ehren, ich muss anmerken: die 99 Pfennig waren damals noch nicht einmal ganz kostendeckend für Solarinvestoren“, sagt er heute auf die Frage, was ihn am EEG gestört habe. „Die Leute mussten anfangs noch Geld mitbringen.“ Wenn fast eine Mark garantierte Vergütung pro Kilowattstunde nicht einmal ganz die Herstellungskosten deckten, dann, so Müllers Überlegung, sollte man diese Technologie vielleicht grundsätzlich woanders fördern, beispielsweise in Südeuropa: „Deutschland ist nun mal nicht gerade das Sonnenland.“ Aber schließlich stimmte er im Kabinett doch zu. Denn durch die Überzeugungsarbeit von Scheer, Schütz, Fell und Hustedt gab es mittlerweile eine Mehrheit in der rot-grünen Koalition, und Gerhard Schröder hielt es für nötig, dem grünen Partner einen Erfolg zu gönnen. Auch er hielt die praktischen Folgen des Gesetzes wegen der marginalen Rolle der Grünenergie für überschaubar. „Der Bundeskanzler“, erinnert sich Müller, „hat mich ins Gebet genommen“. Und so trat das EEG am 1. April 2000 in Kraft, ohne dass einer der Beteiligten geahnt hätte, welche Wirkung es entfalten sollte. Mit diesem Gesetz begann im Grunde das Großexperiment Energiewende, also die systematische Privilegierung der grünen Energien mit dem Ziel, alle anderen Arten der Stromerzeugung an den Rand zu drängen. Die Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011 beschleunigte das Vorhaben zwar ungemein – doch die Blaupause war bereits elf Jahre vorher mit dem EEG entstanden. Seitdem änderten

sich viele Details, nicht aber der einmal gestartete Umbau der deutschen Energieversorgung.

„Alle“, sagt Hustedt heute, „haben dieses Gesetz unterschätzt“.

Falsch, aber mit Methode

In keiner anderen modernen Demokratie statteten Politiker parteiübergreifend eine kleine Bevölkerungsgruppe jemals so umfassend mit wirtschaftlichen Sonderrechten aus. Normalerweise regt sich gegen eine derartige Privilegierung Widerstand, erst recht, wenn eine Mehrheit dafür die rapide steigenden Kosten übernehmen soll. An dieser Stelle kommt die moralische Wucht ins Spiel, ohne die die Energiewende nie in diese Milliarden Dimensionen hätte vorstoßen können.

Als sich die handgreiflichen Probleme der Ökoenergien schon vorhersehen ließen, im April 2010, schrieb der Grünstrom-Pionier Hermann Scheer wenige Monate vor seinem Tod in der Zeitschrift „Erneuerbare Energien“ zum zehnten Jahrestag des EEG einen Grundsatztext. Er liest sich wie sein politisches Vermächtnis:

„Das EEG hat Deutschland in die Position des Vorreiters gebracht – auch bei der Entwicklung und der Produktion erneuerbarer Energietechniken. Und das soll so bleiben...Das Erneuerbare Energien-Gesetz hat einen Strukturwandel eingeleitet, der unabdingbar und unumkehrbar ist (...) Weil das so ist, muss dieses Gesetz nahtlos weitergeführt werden (...) Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft.“

Im Oktober 2012 fragte ein Journalist der Zeitung „Freitag“ Scheers ehemalige Mitstreiterin Michaela Hustedt, wie sie das von ihr mitgeschaffene Gesetz sehe, da inzwischen eine heftige Diskussion über die steigenden Stromkosten losgebrochen

sei. „Diese Debatte finde ich jetzt total gefährlich.’ Die werde von ‚Feinden’ vorangetrieben, rutscht es ihr heraus.“

Scheers und Hustedts Aussagen führen mitten ins Zentrum des Streits über ein politisches Großprojekt. Denn sie sagen viel aus über die Art und Weise, wie die Debatte über die Energiewende verläuft, ebenso wie die Passage aus Franz Alts Buch „Auf der Sonnenseite. Warum die Energiewende uns zu Gewinnern macht“:

„Heute ist Herbstanfang. Die Jahreszeit zieht ins Gemüt. Die letzten kräftigen Sonnenstrahlen lassen die bunten Blätter draußen an den Ästen farbenfroh leuchten. Im Wald hinterm Haus beginnt schon der Rausch der Farben. (...) Der Herbst ist eine Jahreszeit beseelten Glücks. Es ist morgens, sieben Uhr. Sonnenaufgang – ein magischer Augenblick. Ich sitze an meinem Schreibtisch und sehe, wie sich die Sonne im Osten hinter dickleibigen Wolken über die Schwarzwaldberge des Murgtals schiebt. Sie wirft ihre ersten gelben Streifen über das Gebirge. Ich schließe die Augen. Die Sonne geht wieder einmal über der Erde auf – wie seit viereinhalb Milliarden Jahren jeden Morgen. (...) Je intensiver wir Menschen die Sonne betrachten, desto mehr überrascht sie uns. So geht es auch mir und uns, seitdem wir Solaranlagen auf unserem Dach haben.“¹

¹ Franz Alt: Auf der Sonnenseite. Warum uns die Energiewende zu Gewinnern macht, Piper Verlag 2013

Wer die Auseinandersetzung über die erneuerbaren Energien und ihre Kosten verstehen will, der tut gut daran, Passagen wie die von Scheer, Hustedt und Alt zu lesen. Die Streiter für Solarkraft und Windräder in Deutschland befassen sich nach ihrem eigenen Verständnis nicht einfach mit normalen politischen und volkswirtschaftlichen Fragen. Sie teilen die Gesellschaft geradezu im Sinne von Carl Schmitt in Freunde und Feinde. Zahlen und Zusammenhänge gelten für sie nur, solange sie die eigene Sicht der Dinge stützen. Ihre Rolle sehen sie als die einer Avantgarde, die den störrischen Rest der Gesellschaft auf einen objektiv notwendigen Weg zwingt. Wenn sie sich in eine Auseinandersetzung begeben, dann stets im Bewusstsein, die helle Seite der Macht zu verkörpern.

Nur diese besondere Mischung aus kühlem Lobbyismus, esoterischer Ersatzreligion und Weltrettungsideologie kann erklären, warum die Energiewende von ihren Befürwortern in eine derartige ausweglose Lage manövriert werden konnte. Wer glaubt, nur Aufträge des Weltgeistes auszuführen, gerät schnell in die Falle, Probleme einfach zu leugnen und alle Einwände als Attacken von Beschränkten und Ewiggestrigen abzutun. Ganz wie bei Maos großem Sprung nach vorn erklären Vertreter von Lobbyorganisationen und begeisterte Journalisten selbst noch in der Gegenwart, das ganze Projekt sei nur eine Frage des Willens, es müsse einfach „konsequent“ betrieben und das Tempo am besten noch erhöht werden.

Im Namen von „Abermillionen Klimaflüchtlingen“ – die zwar nirgends unterwegs sind, aber in Zukunft ganz sicher kommen würden – schrieb Bernd Ulrich im November 2013

in einem „Zeit“-Leitartikel, die Energiewende müsse „ab sofort noch viel schneller gehen. Sagen wir, doppelt so schnell.“

Prognosen von Ministerien, Lobbyorganisationen und Forschungsinstituten bestimmten die Marschrichtung der Energiewende von Anfang an. Wer sie sich im Rückblick ansieht, entdeckt die kurze, konzentrierte Geschichte eines grandiosen Scheiterns. Denn nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus erweisen sich als falsch. Und zwar nicht als irgendwie falsch: Alle unterschätzten ebenso systematisch wie dramatisch Kosten und Nebenwirkungen. Sie lesen sich aus heutiger Sicht wie eine Mixtur aus Wunderglaube und Autosuggestion. Vielleicht spielte bei dem einen oder anderen Politiker auch die Überzeugung mit, die Kosten bizarr untertreiben und den Nutzen möglichst rosig ausmalen zu müssen, um die Zustimmung der Wähler nicht zu riskieren.

Sehen wir uns einfach eine Reihe von Voraussagen an.

* * *

Ende der Leseprobe



ÜBER DEN AUTOR

Alexander Wendt, Jahrgang 1966, beschäftigt sich als Redakteur bei Focus seit 1995 mit Politik-, Wirtschafts- und Wissenschaftsthemen. Von 1989 bis 1995 arbeitete er als Redakteur und freier Journalist für die Wirtschaftswoche, den Stern, Tagesspiegel und andere Medien. Seit 2011 bloggt er außerdem auf der „Achse des Guten“ (www.achgut.de). Im Focus gehören Energiewirtschaft und Strommarkt seit mehreren Jahren zu seinen Themen. Im Jahr 2012 schrieb er die Focus-Titelgeschichte „Die große Illusion“ über die Fehler und Paradoxien der Energiewende.

Alexander Wendt lebt und arbeitet in München.

Webseite: alexander-wendt.com

E-Mail: alexander@alexander-wendt.com